

NEUE KABINETTVORLAGE ZUM "LINKSRADIKALISMUS":  
Eine Pflichtübung des Bundesinnenministeriums

Ende März dieses Jahres hat das Bundesinnenministerium der Bundesregierung zusätzlich zu dem Dossier über die NPD eine Zusammenstellung über den "Linksradikalismus" zugeleitet. Wie aus sicherer Quelle verlautet, sollte sie im Falle eines Verbotsantrages gegen die NPD als Arbeitsgrundlage für die gleichzeitige Liquidierung der APO - insbesondere des SDS - dienen.

Das Dossier ("Der Bundesminister des Innern Z II 1-020 401-212. Analyse: Ursache, Ideologie und Ziele der Studentenunruhen") liegt der APO PRESS seit einiger Zeit vor. Da im Zusammenhang mit dem Bundestagswahlkampf mit einem verschärften Vorgehen des Mochtkartells gegen die studentische Linke zu rechnen ist (mit dem Neofaschismus haben sich die Herrschenden inzwischen demonstrativ arrangiert), hat es wieder eine gewisse Bedeutung erlangt. Wir stellen es deshalb in einer Kurzanalyse vor.

I Beschreibung des Dokuments

- Das Papier hat einen Umfang von 42 Seiten und ist in die Abschnitte "A: Demonstrationen und Unruhen - Äußeres Erscheinungsbild" (S. 1-6) und "B: Analyse" (S. 6-42) unterteilt. Der analytische Abschnitt zerfällt in die Unterabschnitte "I. Die Unruheaktionen: Beteiligung und Zielrichtung" (S. 7-29), "II: Gegenstände und tiefere Ursachen der Kritik" (S. 29-36) und "III. Die voraussichtliche Entwicklung der Protestbewegung" (S. 37-42).

Über weite Strecken wird in der Vorlage die dem Bundesinnenministerium eigentümliche Verballhornung und Falsifikation der neuen Linken so betrieben, wie sie auch in den offenen Publikationen des Ministeriums (Innere Sicherheit" und Jahresberichte zum "Linksradikalismus") üblich ist. Die Referenten Bendas hinken dem Entwicklungsstand der Außerparlamentarischen Opposition zudem noch um ein halbes Jahr hinterher. Insoweit ist das Papier in diesem Zusammenhang ohne Interesse. Daß die "antiautoritäre" Fraktion des SDS beispielsweise mit den "Leitsätzen eines Mao, Che Guevara, Giap oder Fidel Castro" (S. 15) festzulegen sein soll, können wir auch in den Provinzblättern lesen.

II Wichtiger sind die "Feststellungen", mit denen das Bundesinnenministerium nicht in der Öffentlichkeit hausieren geht:

1. Die Effektivität der Arbeit des SDS wird sehr hoch eingeschätzt. Spätestens seit dem 2. Juni sei es dem SDS gelungen, "die Stimmung in der studierenden Jugend zu einer Vertrauenskrise gegenüber den staatlichen Institutionen und Organen auszuweiten und politisch noch unerfahrene, aber sich verantwortlich fühlende Studenten für radikale politische Zielvorstellungen zu gewinnen" (S. 7). Auf diese Weise wird die sattem bekannte Rädelführer-Theorie des Polizeiapparats auf die sozialen Konflikte übertragen. Wäre diese Theorie richtig, müßte man in der Tat den SDS liquidieren, da damit die "Vertrauenskrise der studierenden Jugend" eo ipso zu beheben ist. Zweifellos würde dabei gleichzeitig die "politische Erfahrung" der "studierenden Jugend" erheblich zunehmen. Daß allerdings im SDS selbst - nach den Worten der Referenten Bendas - "sich in letzter Zeit eine engere politische Führungsgruppe herausgebildet hat" (S. 14), mag Polizeiaktionen besonders verlockend erscheinen lassen.

2. Das Vorgehen gegen den SDS verlangt eine sozialpolitische "Eindämmungsstrategie"

Allerdings haben die Referenten Bendas erkannt, daß mit Polizeiknüppeln gegen die politisch aktiven Gruppen der "studierenden Jugend" auf die Dauer nicht allzu viel zu holen ist. Deshalb setzen sie sich in der Kabinettsvorlage ausführlich mit der "revolutionären Strategie des SDS" und



Problemen einer adäquaten konterrevolutionären Offensive auseinander (S. 14 ff)!

2.1. Die "Strategie des SDS" wird allgemein in "Anfangsphasen" und "fortgeschrittene Phasen" unterteilt.

"Anfangsphasen": "Die revolutionären Kräfte unternehmen wiederholt Sondierungen, um die Reaktion der etablierten Macht zu testen. Gleichzeitig wird nach allgemein interessierenden Parolen gesucht, durch die sich Anhänger gewinnen lassen." (S. 17). Das Gegenrezept der "etablierten Macht" muß nach den Referenten Benda in dieser Periode lauten: "Das angegriffene System versucht so geschickt wie möglich, direkte Konfrontationen zu vermeiden. Begrenzte Zugeständnisse werden gemacht, während Auseinandersetzung mit grundsätzlichen Themen möglichst vermieden wird." (ebenda). - Freilich ist den Herrschenden diese Verschleierungsstrategie grundsätzlich mißglückt. Sie befinden sich inzwischen in den "fortgeschrittene(n) Phasen":

"Wenn schwache Stellen und allgemein interessierende Parolen gefunden und formuliert sind, suchen die Revolutionäre mehr und mehr die Konfrontation. Es kommt zur Gewaltanwendung und deren Steigerung." (S. 18). Folglich kommt es für die Herrschenden darauf an, die Legitimation revolutionärer Gegengewalt um jeden Preis zu unterdrücken. Sie wissen, daß sich der sozialökonomische Konflikt ausweitet, wenn die revolutionäre Gegengewalt als effektives Instrument gesellschaftsprogressiver Veränderungen sich bewährt: nur "wenn Gewalttaten schon im Anfangsstadium und frühen vorgeschrittenem Stadium rasch und wirksam unterdrückt werden, besteht die Wahrscheinlichkeit, daß die revolutionäre Aktion selbst in Verfall gerät." (S. 18). "Wenn" dagegen revolutionären Aktivitäten längere Zeit Spielraum gewährt wird, gewinnen sie mehr und mehr an äußerer und scheinbar auch innerer Legitimität. Sie werden so zum Symbol des Zerfalls und Zusammenbruch der Autorität. Sie wecken darum weitere Unterstützungsbereitschaft und führen zu einer gegenseitigen Eskalation des Angriffs und der Verteidigung, durch die gemäßigte Kräfte schließlich "zerrieben" werden." (ebenda).

Um dies zu verhindern, müssen deshalb - nach den Auffassungen des Benda-Ministeriums - Unterdrückung und "Reformen" Hand in Hand arbeiten: "Werden unabhängig von der revolutionären Bewegung seitens des herrschenden Regimes fällige Reformen in vorausschauender und breitenwirksamer Weise durchgesetzt, so verliert die revolutionäre Bewegung einen großen Teil ihrer Massenbasis. Diese Wirkung wird noch verstärkt, wenn es gelingt, die extremsten und aktivsten Führer der revolutionären Bewegung zu isolieren." (S. 20)

2.2. Diese allgemeine Charakteristik von Revolution und Konterrevolution wird in dem Dossier durch eine konkrete Analyse konterrevolutionärer Aktionsbedingungen ergänzt. Sie stellt den wichtigsten Abschnitt des Dossiers dar, weil sie genaue Rückschlüsse auf die Zersetzungsarbeit der konterrevolutionären Polizeiapparate (Verfassungsschutz und Politischer Polizei) zuläßt.

2.2.1. (Einschätzung der mit dem SDS kooperierenden und sympathisierenden Gruppen)

Zunächst werden die mit dem SDS kooperierenden Gruppierungen eingeschätzt (S. 20-22). Dabei kommt das Bundesinnenministerium zu dem Schluß, daß der SHB, der LSD und die HSU "zunehmend ihr eigenes Profil verloren" haben (S. 21). "Ihre Hauptforderung - Reformierung der Hochschule - wird mit SDS-Kampfmethoden gegen Rektor und Senat vorgetragen und muß in weiten Bereichen als Vorwand für die ideologischen Ziele des SDS angesehen werden." (S. 22).



Als "Sympathisanten" gelten dagegen die Evangelische Studentengemeinde (ESG) und -man höre und staune- die Mehrheit der "übrigen Studentenschaft". (S. 23). Da der SHB, der LSD und die HSU als Betätigungsfeld des Verfassungsschutzes inzwischen ineffektiv geworden ist (es werden in diese Gruppen nur noch "Geheiminformanten" eingeschleust, also keine politisch aktiven mehr), gilt es bei der ESG und der "übrigen Studentenschaft" anzusetzen. Bezüglich der ESG heißt es im Dossier: "Trotz des noch fehlenden eigenen Konzeptes für eine Hochschulreform dürfte die ESGid als sachlicher Diskussionspartner auf diesem Gebiet in Betracht kommen." Es erscheine "nicht ausgeschlossen, daß sie ihre Unterstützung für die Höchster Verbände (SDS, SHB, HSU, LSD, - Anm. d. Red.) verringert und mäßigend auf die Bewegung innerhalb der gesamten Studentenschaft einwirkt." (S. 23). Ähnlichen Erfolg verspricht auch ein Vorgehen in der "übrigen Studentenschaft", deren Solidarität mit dem SDS nach Auffassung der Referenten des Bundesinnenministeriums "auf ein allgemeines Unbehagen zurückzuführen" ist. (S. 23) Dieser Tatbestand berechtigt zu der Annahme, daß bei einer verstärkten Aufklärung über die wahren Ziele des SDS und der unter seinem Einfluß stehenden Gruppen ein Teil dieses Sympathisanten-Reservoirs abgebaut werden könnte." (S. 24). Indes, die Herren des Innenministeriums müssen zugeben, daß dies nicht einfach zu bewerkstelligen sei: "Das setzt aber voraus, daß diesen Studenten das Gefühl gegeben wird, daß ihre berechtigten Anliegen ernsthaft geprüft, diskutiert und nach Möglichkeit befriedigend gelöst werden." (S. 24) Freilich hat die "übrige Studentenschaft" längst erkannt, daß ihre Probleme nicht von den Herrschenden "geprüft" und "ernsthaft diskutiert" werden müssen: es gibt keine andre Wahl, als deren Lösung gegen die Interessenoligarchie von Kapital und Staat durchzusetzen. Wie dem auch sei: für die konterrevolutionäre Partei "stellt sich die Aufgabe, eine Ausweitung der Sympathie in dem vorhandenen Reservoir zu verhindern und alle Ansätze zu nutzen, die eine Solidarisierung mit der Minderheit möglicherweise bremsen können." (S. 27)

#### 2. 2. 2. (Einschätzung der außeruniversitären Gesellschaftsgruppen)

Die Referenten des Bundesinnenministeriums müssen zugeben, daß der SDS auch außerhalb der Universitäten bei "Schülern und Lehrern" (S. 24-25) und bei "linksgerichteten Intellektuellen" (S. 25) ein "Sympathisanten-Reservoir" besitzt, das -für die SDS-Genossen sollte es Ansporn sein!- "noch nicht voll ausgeschöpft" ist (S. 26). Dafür dürften die Kabinettsmitglieder aufgetatmet haben, als sie zu den Informationen über die Haltung der Gewerkschaften (S. 27-28) und der "übrigen Bevölkerung" (S. 28) kamen: nach anfänglichen Schwanken "haben sich der Vorstand des DGB und auch die einzelnen Gewerkschaften deutlich distanziert" (S. 27), und Springer, Burda und Konsorten sei Dank!- "hat sich" in der latent faschistischen Gesellschaft der BRD "die Auffassung durchgesetzt, daß die staatlichen Organe zu nachsichtig reagiert haben: die Forderung nach entschlossenem Vorgehen zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung wird immer nachdrücklicher erhoben." (S. 28) Daß freilich auch die Manipulation der Massen durch Presse, Rundfunk und Fernsehen ihre Grenze hat, haben die jüngsten Aktionen in Hannover und Heidelberg mit aller Deutlichkeit bewiesen.

#### III. Das bundesrepublikanische Machtkartell ist unfähig, Polizeiterror und raffinierte "Reform" - Strategie miteinander zu verbinden.

Spätestens bei der Analyse des Abschnitts über "Gegenstände und tiefere Ursachen der Kritik" (S. 29ff) zeigt sich, daß die Referenten Bendas unfähig sind, eine raffinierte Unterdrückungsstrategie in Szene zu setzen. Als hausbackene Juristen und Politologen sind sie unfähig, die sozialökonomischen Ursachen der Krise im Ausbildungssektor zu erfassen; folglich können auch ihre Vorschläge zu einer konterrevolutionären Praxis nur oberflächlich sein.



1. In Bezug auf die Situation der Hochschulen werden die Polemiken des Großkapitals gegen die Ordinariuniversität unkritisch reproduziert (S.30). Die "Reform"-Vorschläge fallen entsprechend vage aus: "Zum Gesamtfeld der Hochschulreform sind eingehende Analysen und wohlüberlegte, die Zukunft der gesellschaftlichen Entwicklung berücksichtigende und möglichst einheitliche Planungen erforderlich. Es wäre durchaus möglich und angemessen, die Studenten und Studentenverbände hierfür zu schöpferischer Mitarbeit heranzuziehen." (S.31). Ob mit dem geplanten Ordnungrecht sich wohl derlei "schöpferische Mitarbeit" garantieren läßt?
2. Was die Kritik der neuen Linken "an Politikern, Parteien und staatlichen Institutionen" anbelangt (S.31) - das Monopolkapital ist in der Kabinettsrunde offensichtlich tabu -, macht sich vollends eine bemitleidenswerte Hilflosigkeit in den Formulierungen der Referenten Bendas breit. Da wird vorgeschlagen, "Konfliktherde, die künftig neue Angriffsziele abgeben könnten, rechtzeitig aktiv in die öffentliche Diskussion einzuführen und in abwägend wertender Form und deutlicher Sprache darzustellen." (S.33) oder: "Die in zunehmendem Maße vorhandene politische Bereitschaft der Jugend läßt sich nur dann in eine positive Mitwirkung umsetzen, wenn Leitbilder vorhanden sind." (S.33) oder: "Den Studenten muß klar gemacht werden, daß sie als Partner akzeptiert werden." (S.35) oder - eine Art schlußakkord -: "Es ist notwendig, den Studenten und der Bevölkerung bewußt zu machen, daß die Fortbildung an der Universität ein entscheidender Beitrag für die Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft ist. Darüber hinaus sollte dem Studenten ermöglicht werden, die Funktion von Erwachsenen zu übernehmen. Bei der Planung von Studentenwohnheimen ist in verstärktem Maße die Unterbringung von Studentenehepaaren zu berücksichtigen." (S.36)

### ZUR PROBLEMATIK DER VERBINDLICHEN ARBEIT

Genossen, diese Thesen behandeln die Thematik, die in allen Arbeitskreisen der emanzipatorischen Bewegung vordringlich diskutiert wird: der Aufbau einer schlagkräftigen und widerstandsfähigen Organisation. Diese Thesen erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit und theoretische Perfektion, sondern sie entspringen aus dem Bedürfnis, praxisbezogene Analyse der Gruppenproblematiken zu leisten.

Um diese Analyse zu strukturieren, war es notwendig, aus den konkreten Schwierigkeiten der Gruppen Entwicklungsphasen modellhaft herauszuziehen und die verschiedenen Kombinationen der Entwicklungsphasen unberücksichtigt zu lassen.

Historisch gesehen ist die Phase, in der sich die emanzipatorische Bewegung auszuweiten begann, durch den Aktionismus gekennzeichnet.

Bei der Emanzipation des Individuums hat die aktionistische Phase eindeutig auslösende Funktion.

Die anfangs durch Aktionismus erreichte Mobilisierung hat jedoch gruppenpsychologisch zu einer Täuschung geführt: Aktionismus erschien als geeignetes Mittel zur Durchsetzung revolutionärer Zielsetzungen.

In der Tat führt der Aktionismus - in der Masse wie auch im individuellen Bereich - das Individuum jedoch in existenzielle Schwierigkeiten.

Die psychologische Antriebskraft des Aktionismus erweist sich als Grund der Frustration: Der Aggressionsstau - Folge langjähriger Unterdrückung des Individuums im System der spätkapitalistischen Gesellschaft - entlädt sich orgiastisch in Aktionen, sofern das rationale Ziel der jeweiligen Aktion erreicht wird. Bei einem Scheitern der Aktion ergibt sich, daß der Aggressionsabfluß, der auf den Zeitpunkt der Aktion fixiert ist, nicht erfolgen kann. Das bedeutet eine psychische Gefahr für das Individuum selbst.